

Rheinische Post vom 19.07.2013, S. 4

## Kommunal-Umlage: Monheim soll 45 Millionen zahlen

Die CDU hält den Plan der rot-grünen Landesregierung für falsch, dass reiche Städte für arme zahlen sollen.

VON DETLEV HÜWEL

**DÜSSELDORF** Im Streit um die von Rot-Grün geplante „Solidaritätsumlage“ hat die CDU Berechnungen von Experten aus Kommunalkreisen vorgelegt. „Spitzenreiter“ unter den 60 finanzstarken Kommunen, die 2014 die Umlage zugunsten armer Städte und Kreise zahlen müssen, ist demnach Monheim (Kreis Mettmann) mit einer Belastung von jährlich 45,6 Millionen Euro. Auf Düsseldorf kommt diesen Angaben zufolge eine Forderung von 28,9 Millionen Euro zu. Ratingen muss 8,3 Millionen zahlen, Straelen (Kreis Kleve)

7,9, Langenfeld 5,8, Hilden 4,3, Haan 2,9, Meerbusch 2,1, Alpen (Kreis Wesel) zwei, Neuss 1,5, Grevenbroich (Rhein-Kreis Neuss) 1,2 und Willich (Kreis Viersen) eine Million Euro.

Die Union bekräftigte zugleich ihre Kritik an dem „Kommunal-Soli“, mit dem bis 2020 jährlich 181 Millionen Euro aufgebracht werden sollen. „Kranke werden dadurch nicht gesund, dass man die Gesunden krank macht“, so der Abgeordnete André Kuper. Zudem spiele die

tatsächliche Finanzsituation einer Kommune bei der Umlage keine Rolle, da lediglich fiktive Ansätze bei Einnahmen und Ausgaben als Berechnungsgrundlage dienten. Zuvor hatten bereits die kommunalen Spitzenverbände darauf hingewie-

**„Kranke werden nicht dadurch gesund, dass man Gesunde krank macht“**

**André Kuper**  
CDU-Landtagsabgeordneter

sen, dass selbst bei den steuerstarken Städten und Gemeinden nur eine Minderheit über einen ausgeglichenen Haushalt verfüge. Die Entscheidung der Landesregierung,

den Stärkungspakt von den Kommunen mitfinanzieren zu lassen, sei der falsche Weg. „Statt die Probleme zu lösen, werden sie in vielen Kommunen noch verschärft“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. Um die Unterfinanzierung der Kommu-

nen zu beenden, sei ein Bündel von Maßnahmen erforderlich. Gefordert werden ein größeres Engagement des Landes beim Stärkungspakt, die dauerhafte Anhebung des Verbundsatzes im kommunalen Finanzausgleich und die strikte Wahrung des Grundsatzes: „Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch“ (Konnextitätsprinzip).

NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) verteidigte die Umlage: „Mir war klar, dass diese Entscheidung nicht nur Zustimmung hervorruft. Aber dieser Weg ist erforderlich.“ Auf die von der CDU präsentierten Zahlen ging der Minister nicht ein. Eine verlässliche Aussage, welche Kommunen von der neuen Umlage betroffen sind, sei erst in einigen Wochen möglich. Das Landesamt für Datenverarbeitung bereite die erforderlichen Daten über die Steuerkraft der Kommunen auf. Voraussichtlich Ende August werde das Ministerium eine genaue Modellrechnung vorlegen können.

Westdeutsche Zeitung vom 19.07.2013, S. 3

## Monheim kündigt Klage gegen das Land an

**FINANZEN** Stadt soll 50 Millionen Euro zur Stärkung finanziell schwacher Kommunen zahlen.

Von Arnulf Ramcke

**Monheim.** Reiche Kommunen sollen den finanziell schwachen Städten in NRW unter die Arme greifen. Diesem Prinzip von Solidarität folgend, hat die Landesregierung am Dienstag beschlossen, eine Umlage zu erheben. Damit will sie den Stärkungspakt finanzieren, der die kommunalen Armenhäuser im Lande unterstützt.

Kräftig zur Geldader lassen will die Regierung dabei Monheim im Kreis Mettmann. „Rund 50 Millionen Euro sollen wir zah-

len“, sagte gestern Bürgermeister Daniel Zimmermann (31) – der Mann, der mit der Senkung der Gewerbesteuer auf den niedrigsten Satz in NRW das als „Wunder vom Rhein“ titulierte Einnahmeparadies ausgerufen hat.

„Dagegen werden wir klagen“, kündigte Zimmermann gestern an. Als Stadtoberhaupt Monheims verwaltet er in diesem Jahr rund 250 Millionen Euro Gewerbesteuererinnahmen. Zimmermann: „Das Land ist jedoch der

Meinung, dass wir auch mit nur 50 Millionen Euro zurechtkämen.“ Hinter dieser Bevormundung vermutet Zimmermann den Versuch der Landesregierung, „dass wir die Steuerhebesätze wieder anheben. Wir haben uns mit der Senkung unbeliebt gemacht.“

Das Wohlwollen vieler Monheimer ist ihm hingegen sicher: Die Stadt ist schuldenfrei, hat die Mehreinnahmen in die Abschaffung der Kita-Gebühren inves-

tiert, baut eine neue Musikschule und plant die Abschaffung der Elternbeiträge für den Offenen Ganztags. Wenn es bei der Abgabe von 50 Millionen Euro bleibt, „müssen wir nach drei bis vier Jahren wieder Schulden machen“, sagt Zimmermann.

Auch die CDU-Landtagsfraktion kritisierte das Vorhaben der Landesregierung als „ungleich und ungerecht“. Der „Soli“ werde die Zahler-Kommunen in arge Finanznöte bringen.